

## **Erklärung SVP-Fraktion vom 28.11.2006 zur verfehlten Regierungspolitik**

Mittlerweile erreichen uns fast täglich neue Hiobsbotschaften über Messerstechereien, Schlägereien, Todesdrohungen, Blutrache, Kinderverlöbnisse, Ehrenmorde, Zwangsehen, Mädchenbeschneidungen, Vergewaltigungen selbst Minderjähriger, Ablehnung von Schulmitteln, Boykott von Unterrichtsteilen, Arbeits- und Schuldispensforderungen an nicht landesüblichen Terminen, häusliche Gewalt, Missachtung weiblicher Respektspersonen, Vandalenakte in allen Schattierungen, Raserunfälle und nacktes Faustrecht auf Schulhöfen und bei Sportanlässen.

Die offizielle Politik beschwichtigt, spielt die Vorkommnisse in gewohnter Manier herunter und bezichtigt die SVP, aus tragischen Vorfällen politisches Kapital zu schlagen, mit billiger Demagogie Wahlkampf zu betreiben und systematisch die Stimmung im Volk anzuheizen. Nach ein paar Tagen glätten sich die Wogen wieder - die Politik hat ja alles im Griff.

Meine Damen und Herren: Die Politik hat diesbezüglich gar nichts im Griff. Der Traum von einer friedlichen multikulturellen Gesellschaft in der Schweiz ist schon längst ausgeträumt. Die offizielle Integrationspolitik ist gescheitert. Wir leben auf einem gesellschaftspolitischen Pulverfass und die Luntenspitzen sind schon längst gezündet. Die massive Zuwanderung von Menschen aus wesentlich gewaltbereiteren, meist patriarchalisch geprägten Kulturen stellt unser Land vor immer grössere Probleme und wird zur eigentlichen Zerreissprobe. Die schweizerische Kultur wird Stück für Stück untergraben und unser Rechtssystem und letztlich unser Staat wird tagtäglich ausgehebelt.

Die SVP-Fraktion kann und will nicht mehr tatenlos zusehen, wie unsere schweizerische und ausländische Wohnbevölkerung unter den Taten von Rechtsbrechern leiden muss, welche das ihnen gewährte Gastrecht mit Füßen treten. Wir fordern:

1. Unsere Regeln gelten für alle.
2. Wer sich nicht an unsere Regeln halten will, hat unser Land zu verlassen.
3. Die geltenden Gesetze und Regeln sind mit Nachdruck durchzusetzen. Nötigenfalls ist, auch an den Schulen, die Polizei einzuschalten.
4. Unverbesserliche junge Kriminelle sind - sofern sie nicht Schweizer Bürger sind - des Landes zu verweisen.
5. Der Einbürgerungsentscheid ist kein Verwaltungsakt und muss ein demokratischer Entscheid bleiben. Vor jeder Einbürgerung ist kritisch zu überprüfen, ob der betreffende Gesuchsteller auch tatsächlich integriert

ist. Die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts ist kein Schritt zur Integration, sondern das Resultat einer geglückten Integration. Ein Nein des Stimmvolks zu einer Einbürgerung ist zu akzeptieren und ist abschliessend.

6. Kriminellen Eingebürgerten ist die Schweizer Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Hier ist Handeln auf Bundesebene angesagt.

7. Das Jugendstrafrecht ist konsequent anzuwenden.

Wir fordern Regierung und Verwaltung, Eltern, Schulbehörden und Lehrpersonen, Arbeitgeber und Lehrmeister auf, klare Leitplanken zu setzen und diese knallhart durchzusetzen. Wir können uns keine gesellschaftspolitischen Gratwanderungen mehr erlauben. Sonst ist der Absturz vorprogrammiert!

Berikon, 26.11.06

Gregor Biffiger